

i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 432 08. April 2009

15. Jahrgang

"Land herzugeben, bedeutet für den Finquero, Macht zu verlieren"

Rund 40% der guatemalteckischen ArbeiterInnen sind in der Landwirtschaft tätig. Nichtsdestotrotz wurden die KleinbäuerInnen von den verschiedensten Regierungen stets vernachlässigt. Auch die aktuelle bildet dabei keine Ausnahme - trotz ihrer Rhetorik und der Einführung des Programms "Pro Rural". Dies ist die Meinung von Helmer Velásquez, dem Direktor von CONGCOOP, einer Dachorganisation von Nichtregierungsorganisationen und Kooperativen, der im folgenden Interview eine Agrarpolitik fordert, die zu einem effektiven Wandel beiträgt. Das Interview erschien am 27. März 2009 in der Nr. 1793 von Inforpress Centroamericana.

Frage: Beim *Ministerium für Ernährung, Land- und Viehwirtschaft (MAGA)* wurde für das Jahr 2009 eine bedeutende Budgetkürzung vorgenommen...

Hector Velásquez: Ein strategischer Irrtum. Die Regierung weiss dies, hat sich aber für eine wahltaktische Strategie entschieden. Gleichzeitig zur Kürzung des Budgets des MAGA wurde jenes des Programms "Pro Rural" aufgestockt. "Pro Rural" ist eine Art grosse Nichtregierungsorganisation, eine riesiger Sozialfonds, in den die Regierung viele ihrer ehemaligen WahlhelferInnen als "LandwirtschaftsberaterInnen" integriert hat. Über "Pro Rural" können sie offenbar das Geld besser handhaben als über das MAGA, welches der Ausschreibungspflicht staatlicher Institutionen untersteht.

Die Kürzung ist auch eine Schwächung der Institutionalität des Staates, der *Landfonds (Fontierras)* zum Beispiel blieb gänzlich ohne Geld, das heisst, er wird nach 10 Jahren quasi eingestellt. Dabei hätte diese Regierung, die sich sozialdemokratisch und dem BäuerInnenstand verpflichtet nennt, ein neues System für die Verteilung von Land entwickeln müssen. Nichts ist geschehen.

Wir haben unsere Überraschung und Empörung über die Budgetkürzung des MAGA gegenüber der Exekutive ausgedrückt, aber die einzige Antwort, die wir erhielten war, dass das MAGA nicht in der Lage sei, Geld zu verwalten und deshalb keines mehr bekomme.

Frage: "Pro Rural" untersteht also direkt dem Präsidenten?

H.V.: Ja. Es wurde zwar ein Führungsgremium eingesetzt, in dem die Landwirtschaftskammer, ein paar BäuerInnenvertreterInnen und Indígenas vertreten sind. Doch im vergangenen Jahr hat sich dieses Gremium nicht ein einziges Mal getroffen. Als Geschäftsführer des Programms wurde Roberto Dalton, ein Manager von Disagro, dem grössten Düngemittelimporteur des Landes, eingesetzt.

"Pro Rural" ist der wahlpolitische Arm des Präsidenten und der Regierungspartei. Es werden programmeigene BäuerInnenorganisationen gegründet (alles zukünftige Wahlstimmen), die bei der Verteilung von Düngemittel bevorzugt werden. Es funktioniert nach der mexikanischen Strategie der PRI-Regierungen: Ein Palliativ-Programm für BäuerInnen in prekären Situationen. Dies ist an und für sich nicht schlecht, aber ich kritisiere die parteipolitische Strategie dahinter. Sein klientelistischer Charakter führt dazu, dass das Programm nicht greift und keinen Erfolg hat.

Dieses Land braucht keine kompensatorischen Massnahmen, sondern solche, die auf Veränderung abzielen: Eine ernsthafte Diskussion über die Kreditvergabe, das unaufschiebbare Thema des Landbesitzes, die Schaffung von Infrastruktur, der Aufbau von Silos... alles, was ein Land tun würde, das sich ernsthaft um seine Landwirtschaft kümmert.

"Pro Rural" verfügt über ein Budget von 1800 Mio. Quetzales, das sind 800 Mio. mehr als das MAGA hatte. Die Verteilung von Düngemittel ist bloss ein Aspekt des Programms, es fördert auch die Produktion von Mais und Kaffee. Theoretisch könnte es ein interessantes Programm sein, aber es ist strukturiert wie eine NRO und ist geographisch sehr limitiert. Es stärkt weder den Staat noch fördert es die nachhaltige Entwicklung. Und es ist gut möglich, dass der nächste Präsident es wieder abschafft.

Frage: Geht es der Regierung mit diesem Programm darum, eine soziale Basis zu schaffen, um später den Rückhalt für die Durchsetzung ihrer Politik zu haben?

H.V.: Es geht auf alle Fälle nicht um eine wirkliche Entwicklung. Ein eindeutiger Beweis dafür ist der "Dialog über ländliche Entwicklung", der im März 2008 begonnen wurde. Wir sind in zwei Punkten einig geworden: In einem Gesetzesvorschlag über ländliche Entwicklung (siehe

¡Fijáte! 416), welches der Präsident am 14. Januar dem Kongress vorzustellen versprach. Er tat dies nicht - ohne irgendeine Erklärung. Die entsprechenden Investitionen für die Umsetzung dieses Gesetzes wurden auch nicht ins Budget aufgenommen.

Frage: Worin bestand denn die vereinbarte Landwirtschaftspolitik?

H.V.: Sie enthielt ein paar sehr innovative Elemente. Zum Beispiel wurde die KleinbäuerInnenlandwirtschaft zu einer Priorität des MAGA erklärt. Ein weiteres Thema ist die Demokratisierung des Zugangs zu Land. Es ist keine Agrarreform, hat aber Elemente davon. Der Staat verpflichtet sich, Nahrungsmittelreserven anzulegen und bei den kleinen ProduzentInnen die Lebensmittel einzukaufen, die in den Spitälern und Gefängnissen gebraucht werden. Dieser Teil der Abmachungen wird meines Wissens auch umgesetzt.

Frage: Das Modell von *Fontierras* war eine Art marktwirtschaftliche Landreform. Wie genau funktionierte das?

H.V.: Der Landfonds ist eine Idee, welche die Weltbank in die Friedensabkommen einschleusen konnte. Sie bestand darin, eine Art Ländereienbank zu schaffen. Die Weltbank wollte parallel dazu eine Steuer auf Landbesitz einführen, die unterschiedlich hoch für bewirtschaftetes und brachliegendes Land wäre, doch auf Druck der Landwirtschaftskammer wurde dies nie umgesetzt.

Die Aufgabe der Bank ist es, Land an BäuerInnenfamilien abzugeben, welche einen "Businessplan" präsentieren. Sie kauft den Finqueros ihr Land ab und übergibt es an die BäuerInnen, die es in 15 bis 20 Jahren abzahlen müssen. Damit das überhaupt funktionieren kann, muss den BäuerInnen eine Anfangsfinanzierung garantiert werden. Doch in Guatemala hat das alles nicht richtig funktioniert, die Nachfrage nach Land war viel grösser als das Angebot, was dazu führte, dass der Staat schlechtes Land zu überhöhten Preisen kaufen musste. Das versprochene Budget von jährlich 300 Mio. Quetzales wurde nie vollständig ausbezahlt, und nach 10 Jahren muss das Projekt als gescheitert betrachtet werden.

Frage: Widerspricht eine Landwirtschaftspolitik zu Gunsten der Campesinos notwendigerweise den Interessen der Finqueros?

H.V.: Nicht unbedingt. Es geht dar-

um, sich landesweit auf ein Entwicklungsmodell zu einigen, wie dies die Friedensabkommen vorgesehen haben. Weshalb kann einem Oligarchen nicht klargemacht werden, dass es produktiver wäre, wenn er weniger Land besitzen und dafür besser in die Technologie investieren würde?

Aber dieses Thema wird nach wie vor sehr ideologisch abgehandelt. Land ist ein Mittel zur Macht, und Land herzugeben bedeutet für den Finquero, Macht zu verlieren.

Frage: Sind die Lebensbedingungen der Finca-ArbeiterInnen besser als diejenigen der KleinbäuerInnen?

H.V.: Es handelt sich meistens um dieselben Leute. Der Kleinbauer, dessen Land nicht fürs Überleben reicht, arbeitet temporär auf der Finca. Den BäuerInnen, die vertrieben werden, weil auf ihrem Land eine Zuckerrohrplantage angelegt wird, offeriert man einen Dreimonatsjob bei der Zuckerrohrernte, wie das z.B. in Polochic der Fall ist.

Bei der Ölpalme ist es noch schlimmer: deren Bewirtschaftung braucht fast keine menschliche Arbeitskraft. Die BäuerInnen werden vertrieben, ohne dass ihnen eine alternative Arbeitsmöglichkeit angeboten wird.

Frage: Ist es falsch, auf den landwirtschaftlichen Export zu setzen?

H.V.: Das Hauptziel der Landwirtschaft sollte sein, die Ernährungssicherheit und -souveränität zu garantieren. Ausserdem ist Land nicht bloss ein Produktionsmittel, sondern im Fall der Mayas Teil ihrer Kosmologie. Dies wird vom Agrobusiness nicht berücksichtigt. Zudem bietet die Agroexportwirtschaft weder gesicherte noch qualitativ gute Arbeitsplätze.

Ich kritisiere, dass es einzig darum geht, für die Märkte des Nordens zu produzieren. Monokulturen, ob Zucker oder Mais, sind immer problematisch. Es wäre etwas anderes, wenn mehr ProduzentInnen die Möglichkeit hätten, sich in den Markt zu integrieren. Dies würde Guatemala einen ähnlichen Entwicklungsschub erlauben, wie es Costa Rica dank der Agrarreform von 1948 gelungen ist.

In den letzten 20 Jahren hat sich die Landwirtschaft transnationalisiert, die Finqueros wurden zu Börsenspekulanten und haben Möglichkeiten ausserhalb der reinen Landwirtschaft gefunden, um Kapital zu akkumulieren.

Man hat uns weisgemacht, dass wir mit den ganzen subventionierten Überschüssen aus dem Norden nicht mehr selber anbauen müssen. Risikoreich wie

die Landwirtschaft ist, würden wir besser und billiger von den USA kaufen, hiess es. Dies war die offizielle Politik, und damit wurde die Landwirtschaft zerstört.

Was man uns aber nicht erzählte, war, dass und in welcher Form die Preise der Lebensmittel längerfristig steigen würden. Gemeinden, die nach wie vor Mais anpflanzen, sind heute besser dran als jene, die Maismehl importieren. *Masaca* (mexikanischer Produzent von Maismehl) und andere Monopolisten importieren ihre Produkte zollfrei nach Guatemala. Das heisst aber nicht, dass sie die Produkte billiger verkaufen, der Gewinn bleibt bei ihnen.

Frage: Die Freihandelsabkommen begünstigen also diejenigen, die nach Guatemala importieren und nicht uns, die wir exportieren?

H.V.: Ja, denn wir haben ja ausser Zucker nicht viel zu verkaufen. Die Exporte in die USA sind seit der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens nicht gestiegen, die Importe hingegen schon. Wir haben mehr nach Zentralamerika und Europa exportiert, aber nicht in die USA.

Frage: Wenn in einem Land mit so wenigen Arbeitsmöglichkeiten die Landwirtschaft alle Arbeitskräfte aufnehmen soll, kann sie nicht gleichzeitig wirklich produktiv sein?

H.V.: Die Agrarreform ist Teil eines Entwicklungsprozesses, wir wollen daraus kein Pol Pot-Regime machen. Nach

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

E-Mail-Abo: 50.- •

Erscheinungsweise 14-tägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate

zwei oder drei Generationen werden die Kinder der BäuerInnen an der Universität studieren und nicht mehr in der Landwirtschaft arbeiten wollen. Diese wird somit nicht mehr der Hauptproduktionsfaktor sein.

Doch was können wir aktuell mit einer Masse ungebildeter BäuerInnen anderes machen, als sie in der Landwirtschaft zu beschäftigen? Ihre einzige Alternative ist, in den Norden zu emigrieren.

Frage: Migration als Ventil, damit die Landfrage nicht zu einem Faktor politischer Mobilisierung wird?

H.V.: Die Migration hat tatsächlich

die BäuerInnenorganisationen geschwächt, denn es sind die jungen Leute, die gehen. Wenn sie zurückkommen, wollen sie nicht mehr in der Landwirtschaft arbeiten, sondern sie kaufen sich einen Pick-up und werden HändlerInnen.

Frage: Hat die weltweite Teuerung der Grundnahrungsmittel den BäuerInnen als ProduzentInnen etwas genützt?

H.V.: Nein, denn mit der Verteuerung der Lebensmittel erhöhten sich auch die Produktionskosten für die BäuerInnen. Diese haben überdies in Guatemala das Problem, dass sie keinerlei Möglichkeiten haben, die Ernte zu lagern. Entweder sie verkaufen im Moment der Ernte oder

diese verdirbt.

Frage: Werden denn die BäuerInnen überhaupt ernsthaft als LebensmittelproduzentInnen wahrgenommen oder einfach als marginalisierte Gruppe?

H.V.: Man sieht in ihnen einen rückständigen Sektor, den man mit Kompensationen vor dem Untergang retten muss. Auf der anderen Seite haben wir ältere BäuerInnen, die von den "guten alten Zeiten" träumen, den Zeiten, als unter den Militärdiktaturen ein rigides und korruptes System herrschte, das ihnen aber immerhin einen minimalen Zugang zu Krediten und technischer Unterstützung gewährte.

Das Militär und das verschwundene Geld

Guatemala, 03. April. Der pensionierte General Enrique Ríos Sosa, Sohn von Ex-General Efraín Ríos Montt, der unter Präsident Alfonso Portillo Finanzchef der Armee war, sowie mittlerweile fünf weitere hochrangige Militärs, die während Portillos Amtszeit in der militärischen Finanzabteilung tätig waren, wurden Ende März festgenommen und dem Richter vorgeführt. Sie werden in Verbindung gebracht mit der Hinterziehung von 471 Mio. Quetzales aus dem Verteidigungsministerium während des Jahres 2001.

Diese Gelder stellen einen Teil der 906 Mio. Quetzales dar, die zwischen 2001 und 2003 insgesamt unter Portillo aus diesem Ressort "verschwunden" waren, wobei die vermeintlichen Ausgaben mit militärisch-heimlichen Buchungsposten gerechtfertigt wurden, für die falsche Nachweise genutzt wurden.

Gegen die sechs Militärs, einer von ihnen hatte sich freiwillig gestellt, liegt Anklage vor wegen kontinuierlicher Unterschlagung und Dokumentenfälschung. Richter Nery Medina der ersten Strafinstanz hatte den Haftbefehl auf Antrag der Spezialabteilung der Staatsanwaltschaft erteilt, die eng mit der *Internationalen Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) zusammenarbeitet und die wiederum die neue Anklage erhoben hatte. Denn seit vier Jahren läuft bereits ein entsprechender Prozess gegen die Militärs, dieser stagniert jedoch wegen eines nicht geklärten Einspruchs.

Grundlage für den neuen Strafantrag ist eine Rechnungsprüfung durch den Rechnungsprüfungshof (CGC), die belegt, dass die Militärs finanzielle Auslagen autorisiert haben, ohne diese deckende Dokumente oder andere Rechtfertigung ausser der, dass es sich um

Militärgeheimnisse handelte. Allein im Steuerjahr 2001 wurden demnach 79 Belege über 471 Mio. 585'965,35 Quetzales ausgestellt. Enrique Ríos Sosa unterzeichnete davon 34 und öffnete damit die Hintertür für 263,5 Mio. Quetzales. Entweder wurden dabei Untergebene mit einem Scheck zur Bank geschickt, oder ihnen wurde auf ihr Konto Geld überwiesen, das sie in bar ihren Vorgesetzten zu übergeben hatten, oder es wurden gleich Gelder auf Konten von Verwandten, Freunden und Bekannten überwiesen.

Trotz der von der CICIG und der Staatsanwaltschaft zusammengetragenen Beweislast und der vom Richter Medina bestätigten Verbindung zwischen dieser und den Angeklagten, enthub er diese bis auf weiteres der Haftstrafe und setzte sie unter so genannten Hausarrest - mit Erlaubnis ihrer Arbeit nachzugehen und zum Arzt zu gehen. Nur alle zwei Wochen müssen sie vor Gericht ihre Anwesenheit firmieren und müssen für die Ermittlungen zur Verfügung stehen.

So wird langsam der Prozess wegen der 906 Mio. aufgedröseln in seine Einzelteile, die separat voneinander gerichtlich verhandelt werden. In dem Fall gegen Portillo selbst geht beispielsweise um 120 Mio., von denen offenbar 34 Mio. auf die Konten von José Armando Llort Quiteño, dem damaligen Präsidenten der *Nationalen Kredit- und Hypothekenbank* (CHN) überwiesen wurden. Llort Quiteño ist mittlerweile in den USA und hat als geschützter Zeuge bereits gegen Portillo ausgesagt.

Mittlerweile sind es 32 Militärs, die auf Grundlage der Untersuchungen der CICIG mit der Hinterziehung der Gelder in Verbindung gebracht werden, darunter auch die damaligen Verteidigungs-

minister Eduardo Arévalo Lacs und Álvaro Lionel Méndez Estrada.

Das Ganze kam auf, als ein Richter Anfang 2004 - zu Beginn von der Regierung Óscar Bergers - das Verteidigungsministerium aufforderte, dem Rechnungsprüfungshof die geheimen Archive des Ministeriums zur Verfügung zu stellen. Da sich das Ressort dem widersetzte, wurden die Dokumente beschlagnahmt. Die PrüferInnen der sieben Ordner stellten dann die fehlende Deckung der Ausgaben fest. An dem Argument des Militärgeheimnisses festhaltend versuchten die Beschuldigten, den Untersuchungsprozess aufzuhalten, doch das Verfassungsgericht gab 2005 grünes Licht für die Ermittlungen.

Um zu verhindern, dass der Prozess wieder aufgehalten wird, werden dieses Mal die einzelnen Anklagen bei verschiedenen Gerichten eingereicht. Laut Staatsanwaltschaft wird pro Steuerjahr. Es handelt sich bei den jetzt Angeklagten somit lediglich um die, die für die Hinterziehung der Gelder im Jahr 2001 zur Verantwortung gezogen werden. Danach folgen die Jahre 2002 und 2003.

Der anfangs erwähnte, ebenfalls inzwischen von der CICIG geführte Prozess gegen Alfonso Portillo und seine Gefolgschaft ist eben wegen eines Einspruchs wegen Verfassungswidrigkeit hängig. Dieser wurde eingereicht von Moisés Galindo, einem von den Ermittlungen betroffenen Militär und stellt - einmal mehr - die Zuständigkeit der CICIG in Frage, denn, so Galindo, "das Dekret 35-2007, das die CICIG billigt, trat am 10. August 2007 in Kraft, kann also nicht rückwirkend angewendet werden und vermeintlich kriminelle Taten, die im Jahr 2001 begangen wurden, können folglich nicht von dieser bearbeitet werden."

Psychotisierende Gewalt

Guatemala, 03. April. Es waren in erster Linie die Gerüchte, die am 24. März zum Höhepunkt einer, wie in einigen Medien titulierte, allgemeinen Psychose der Bevölkerung in der Hauptstadt geführt haben. Am Morgen dieses Tages wurden etwa zeitgleich drei Stadtbusse überfallen, bei dem drei Menschen getötet und sechs durch Schüsse verletzt wurden. Kurz darauf wurde ein Polizist bei einem bewaffneten Angriff auf eine Polizeipatrouille verletzt, zwei dafür mutmaßlich verantwortliche Täter gefasst.

Im Vergleich zu anderen Tagen war diese Nachricht grundsätzlich nicht aussergewöhnlich, sind doch im letzten Jahr insgesamt 137 Busfahrer und 40 Kassierer während der Arbeit erschossen worden, in diesem Jahr sind es bis Anfang April bereits 43 Busfahrer und 11 *ayudantes*, die auf diese Weise ums Leben gekommen sind. Bislang wurden diese Morde stets in Verbindung gebracht mit den Erpressungen von Schutzgeldern durch die Jugendbanden. Doch der synchronisierte Mord vorletzten Woche scheint ersten Ermittlungen zufolge nicht in diesem Zusammenhang zu stehen.

Zur Paralyse der Stadt trug massgeblich die per Radio wie ein Lauffeuer sich verbreitende Nachricht bei, der Präsident werde aufgrund der Eskalation den Ausnahmezustand ausrufen. Offenbar war am Morgen eine Reihe von Busfahrern von Kriminellen genötigt worden, an diesem Tag nicht zu fahren. Dies führte zu einem erheblichen Ausfall des öffentlichen Nahverkehrs, den Presseangaben zufolge rund 90% der städtischen Bevölkerung nutzt, um zur Arbeit zu gelangen.

Dabei hat es nicht erst seit Anfang des Jahres bereits vermehrt Busstreiks gegeben, die als Antwort auf die Morde an den Kollegen und als Forderung nach mehr Sicherheit von Seiten der Busfahrer spontan initiiert, oder aber zumindest als Drohung von diesen instrumentalisiert wurden im Streit um die vom Verkehrsministerium geforderte Reduzierung des Tarifes, der durch den Anstieg der Benzinpreise im letzten Jahre angehoben worden war.

Das Gerücht über den Ausnahmezustand veranlasste am Dienstag Schulen und Universitäten, den Unterricht frühzeitig abzubrechen und die SchülerInnen und Studierenden nach Hause zu schicken. Auch viele ArbeitgeberInnen schickten ihre Angestellten, die auf den Bustransport angewiesen waren, früh heim, viele Geschäfte schlossen und selbst die informellen Verkaufsstände räumten die Strassen mitten am Tag.

Präsident Colom versuchte - den folgenden Kommentaren in Presse und Zivilgesellschaft, aber auch aus der Parteienlandschaft offenbar wenig überzeugend - die Bevölkerung zu beruhigen. Er selbst bezeichnete die konzertierte Panik-Situation als erneuten Versuch von Regierungsgegnern, seine Regierung zu destabilisieren und in die Knie zu zwingen. Dies erinnert an die Gewaltwelle gegen die Busfahrer und ihre Kassierhelfer während der Wahlkampagne 2007, die danach kein Ende fand.

Und wieder wird der pensionierte General und Chef der oppositionellen *Patriotischen Partei* (PP), Otto Pérez Molina, der gegen Colom bei den Präsidentschaftswahlen unterlag, ins Gespräch und indirekt in Verbindung mit den Morden gebracht. Ähnlich wie kurz nach Amtsantritt Coloms im letzten Frühjahr bietet Pérez Molina auch dieses Mal dem Präsidenten das Sicherheitsprogramm der *Patriotischen Partei*, sogar als "Geschenk" an und wettet gegen Colom, den er als "Heulsuse" bezeichnet, der alles, was er nicht im Griff habe, als "Destabilisierungskampagne" bezeichne (siehe ¡Fijáte! 404).

Derweil beinhaltet Pérez' Vorschlag, seinem Wahlmotto der "harten Hand" entsprechend, den verstärkten Einsatz des Militärs, die fokussierte Deklaration und Durchsetzung des Ausnahmezustandes (der mit der Einschränkung grundlegender BürgerInnenrechte wie Versammlungs- und Bewegungsfreiheit, verschärfte Personal- und Gebäudedurchsuchungen durch Polizei und in erster Linie Militär einhergeht) in den ohnehin als rote Zonen eingestuft Stadtbezirken, die Stärkung des Geheimdienstes und die Wiederaufnahme der Diskussion um die Todesstrafe sowie deren Vollzug.

Colom und Innenminister Salvador Gándara stimmen darin überein, dass die verschärften Gewaltaktionen darauf zurückzuführen seien, dass die von der Regierung implementierten Operationen gegen das organisierte Verbrechen, den Drogenhandel und die Jugendbanden Früchte in Form von gezielten Verhaftungen und Verstärkung der Sicherheitsstrukturen zeigten, auf die die Banden wütend reagierten. Gleichzeitig macht sich Gándara selbst unglaublich mit seiner Behauptung, die Attacken am Dienstag gingen auf das Konto eines Jugendbandenmitglieds alias "Smiley", der sie orchestriert habe. Auch wundert die Gelassenheit der beiden Verantwortlichen, mit der sie die "Reaktionen" hinnehmen, mit denen sie angeblich bereits aus gemachter Erfahrung rechnen, an-

statt entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Ähnlich wie im Jahr zuvor versichert Colom, dass es bereits einige heisse Spuren gebe und die Vorbereitungen auf weitere Verhaftungen liefen. Bleibt demnach nur zu hoffen, dass die Beweisführungen wasserdicht und die Gerichte standfest sind, die Strafprozesse tatsächlich mit angemessenen Konsequenzen durchzuführen. Ob das guatemaltesische Strafvollzugssystem die grundlegenden Voraussetzungen für seine Funktion erfüllt, steht dabei auf einem anderen Blatt.

Entgegen der Ankündigung durch Präsident Colom, die Gewalt würde schon am nächsten Tag zurückgehen, forderte diese am Mittwoch weitere Opfer, darunter ein 85jähriger Mann, der kurz vor dem Überfall den betroffenen Bus erst betreten hatte, sowie ein zweimonatiges Baby, dessen Mutter erst, nachdem sie nach der Schiesserei im Bus heimgerannt war, dort feststellte, dass ihr Kind von einem Querschläger getroffen war. In Folge dieser Nachrichten kochten die Emotionen erneut hoch.

Konkreter Anlass für die Gewaltepisode am 24. sei, so Colom und Gándara, die Aufdeckung eines Meutereiplans für den 8. April in den vier Haftanstalten, um die kürzlich inhaftierte Gruppe des mexikanischen Drogenkartells "Los Zetas" zu befreien. Diese sitzen unter anderem auf Grundlage der Ermittlungen der *Internationalen Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) wegen der Massaker, die es seit letztem Jahr zwischen Drogenbanden gegeben hat, in Untersuchungshaft. Die Mordaktion am 24./25. und die damit beabsichtigte Provokation eines Regierungs- und Sicherheitschaos sollte die Aufmerksamkeit der Zuständigen auf sich ziehen und die Flucht der Inhaftierten erleichtern, so die Vermutung.

Während sowohl Menschenrechtsorganisationen Coloms Auftritt als ängstlich und schwach bewerten und konkrete Taten statt Worte fordern - darunter den Schutz von RichterInnen und die Säuberung der staatlichen und Regierungsreihen von FunktionärInnen, die den Kampf gegen die Sicherheit und gegen das organisierte Verbrechen behinderten - versichert der Präsident zuversichtlich, dass es "nach der langen Nacht, die auf Guatemala liege, ein institutionelles Morgengrauen geben werde". Drei Aktionen kündigte er sogleich an: die Schaffung einer Sonderermittlungskommission, die sich um die Morde an den Busfahrern kümmern wird, die zügi-

Fortsetzung auf S. 5

Fortsetzung von S. 4

ge Beantragung der Verlängerung des Mandats der CICIG sowie die Verstärkung der öffentlichen Sicherheit. Im Moment sind diesbezüglich vermehrt SoldatInnen auf die Strasse geschickt worden.

Doch der Aspekt der CICIG-Aktivitäten, die inzwischen durchgreifende Resultate zeitigen, wird neben anderen gleichzeitig als ein Grund genannt, wegen dem das organisierte Verbrechen und die in irgendeiner Form mit diesem in Verbindung stehenden Personen ner-

vös zu werden scheinen.

Dazu summieren sich die just für den 24. angekündigte und mittlerweile tatsächlich vollzogene Verabschiedung des Waffen- und Munitionsgesetzes, die Ankündigung einer Nationalen Vereinbarung zum Fortschritt der Sicherheit und Justiz, dann, ebenfalls am 24., die Eröffnung des Archivs der *Nationalpolizei*, das vom Menschenrechtsprokurator (PDH) seit 2006 analysiert und gesichert wird, für die Allgemeinheit, sowie die Präsentation eines ersten Berichtes darüber (siehe sep. Artikel). Und schliesslich die überraschende Festnahme von

ehemaligen Militärs wegen der Millionen-hinterziehung im Verteidigungsministerium unter Ex-Präsident Portillo (siehe sep. Artikel). Alles also tatsächlich Schritte, die noch manch anderen, der sich bislang unter dem allgemeinen Schweigen und der garantierten Straffreiheit sicher gefühlt hat, aufschrecken können.

Gemäss der Angaben des *Nationalen Forensikinstituts* (INACIF) sei die Mordrate nach der Eskalation Mitte der vorletzten Woche tatsächlich bereits erheblich zurückgegangen und die von Colom genannten Festnahmen durchgezogen.

Mord an Journalist

Guatemala, 4. März. Eine Welle der Erschütterung auf nationaler wie internationaler Ebene löste der Mord an dem 42jährigen Fernsehjournalisten Rolando Santis am 2. April aus, der im ausgewiesenen Auto des Senders *Telecentro 13*, für den er und der ihn begleitende Kameramann Juan Antonio De León Villatoro (28) arbeiteten, erschossen wurde. De León erlitt mehrere Schussverletzungen. Hintergründe der Tat sind nicht bekannt, ebensowenig wurde über vor-

herige Morddrohungen verlautbart. Die Polizei nahm inzwischen zwei junge Männer fest, die wegen Waffen- und Drogenbesitzes von einem Streifenwagen festgehalten worden waren und mit dem Verbrechen gegen Santis in Verbindung gebracht werden.

Santis war, laut einem Kommuniké der Menschenrechtsstiftung *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM), seit 25 Jahren als Journalist in verschiedenen Medien tätig. Er nahm diese Aufgabe unter

der Militärdiktatur von Oscar Humberto Mejía Victores auf, während der auch die Presse aggressiv verfolgt wurde. Im letzten Jahr noch sah sich Santis neben drei weiteren KollegInnen dem Zorn der Bevölkerung von San Juan Sacatepéquez ausgesetzt, wo er im Rahmen der gewalt-samen Auseinandersetzungen anlässlich des Baus eines Zementwerkes durch das guatemalteckische Unternehmen *Cemento Progreso* als Reporter tätig war.

LA's linke Parteien in Guatemala

Guatemala, 25. März. Das erste Mal in ihrer Geschichte traf sich das Komitee der *Sozialistischen Internationale für Lateinamerika und die Karibik* im guatemalteckischen Antigua. Das zweitägige Treffen kulminierte in dem Versprechen der Unterstützung und dem Vorantreiben von Arbeitsplätzen, öffentlichen Investitionen und produktiven Projekten. "Wir wollen, dass die Krise so wenig wie möglich die unteren Klassen trifft, und dafür müssen entsprechende Massnahmen ergriffen werden", so Cuauhtémoc Cárdenas, ehemaliger

Präsidenschaftskandidat von Mexiko und Ehrenpräsident der Organisation.

Zu den geplanten Aktionen gehören die Stärkung von Sozialprogrammen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wohnungsbau und Wohlfahrt, und Produktionsprojekte, um die lokalen Wirtschaften zu stärken.

Die Enddeklaration der VertreterInnen des Komitees beinhaltet zudem eine Forderung an die Staatschefs und -chefinnen, einen neuen Dialog voranzubringen und die Beziehung zu den USA neu zu gestalten, mit Grundlage auf die wirk-

lichen Interessen und der Souveränität jedes einzelnen Landes. Der kontinentale Dialog soll Lösungsvorschläge beinhalten für die Wirtschafts-, Energie- und Nahrungskrisen sowie den Klimawandel. Nicht zu vergessen der Umgang mit Kuba.

Luis Ayala, Generalsekretär der regionalen Organisation betonte die Präsenz der sozialdemokratischen Parteien in Lateinamerika. "Diese ist ein Teil des globalen Kontextes, in dem der Sozialismus sich gewandelt hat in eine Zukunftsoption."

"Bedrohter See des Jahres 2009" in Guatemala

Eine Nachricht, die bislang in Guatemala nicht angekommen ist, erreicht uns aus Radolfzell:

27.03.2009 Radolfzell (UD/na) - Die Umweltstiftung Global Nature Fund (GNF) hat im Rahmen des 5. Welt-Wasser-Forums in Istanbul den in Guatemala liegenden Atilán-See zum "Bedrohten See des Jahres 2009" ernannt. Der GNF fordert gemeinsam mit lokalen Organisationen, die Umsetzung von nachhaltigen Massnahmen zum Schutz des Atilán-Sees und zur Verbesserung seiner Wasserqualität. Die Verschmutzung

aus Landwirtschaft und Haushalten führte zu einem durch Cyanobakterien ausgelöstem, grossflächig auftretendem Algenwachstum, das bis zu 75 % der Wasseroberfläche des Sees bedeckt. Der in einem Vulkankrater liegende See ist ein wichtiger Trinkwasserspeicher, Lebensraum für Menschen und Tiere sowie Anziehungspunkt für nationale und internationale TouristInnen.

Die ursprünglich gute Wasserqualität des Sees ist insbesondere in den Uferabschnitten in der Nähe grösserer Gemeinden steigenden Belastungen

ausgesetzt.

So wurde z. B. die im Oktober 2005 durch den Hurrikan Stan zerstörte Kläranlage in der Stadt Panajachel seither nicht wieder in Betrieb genommen, so dass die Abwässer ungeklärt in den See gelangen. Steigende Bevölkerungszahl und TouristInnenzahlen in dieser Region verschärfen dieses Problem. Auch der anfallende Müll wird in "wildem" Müllhalde ohne Massnahmen zur Aufbereitung der Sickerwässer gelagert oder direkt in den See entsorgt.

<http://www.umweltdialog.de>

Das Recht zu wissen

Guatemala, 03. April. "Das Recht zu Wissen" ist der Titel des ersten Berichtes, den das *Menschenrechtsprokurat* (PDH) am 24. März der Öffentlichkeit vorlegte und in dem die bisher erreichten Ergebnisse der seit 2006 unternommenen Untersuchungen des Archivs der *Nationalpolizei* (PN) dargestellt werden. Dieses war zufällig im Juli 2005 zunächst in den Kellergewölben des Kommissariats in der hauptstädtischen Zone 6 und daraufhin in einigen weiteren Polizeidienststellen gefunden und schliesslich in der Hauptstadt zusammengetragen worden. Es umfasst rund 80 Mio. oder auch acht laufende Kilometer Dokumente aus den Jahren 1882 bis 1997, dem Zeitpunkt, als die *Nationalpolizei* im Rahmen des Friedensprozesses aufgelöst und die Institution der *Zivilen Nationalpolizei* (PNC) gegründet wurde (siehe ¡Fijáte! 340).

Längst war bekannt, dass die *Nationalpolizei* faktisch dem Militär untergeordnet war. In den nun veröffentlichten Akten werden nicht nur die Befehlshierarchien und Strukturen der Polizei ersichtlich, sondern es gibt, mehr als zu Beginn vermutet, umfangreiche Dokumentationen mit namentlicher Nennung der Durchführenden über den Umgang und Verbleib von damals politisch Verfolgten. - Etwa 7,8 Millionen Dokumente aus den Jahren 1975 bis 1985, der brutalste Zeit des internen bewaffneten Konflikts, sind mittlerweile digitalisiert worden und auf diesem Wege zugänglich. - So wurden tatsächlich rund 100 Unterlagen gefunden, die die Grundlage für die zwei Anfang März verhafteten mutmasslichen Täter bilden, die 25 Jahre und 15 Tage nach der Tat neben zwei anderen noch nicht gefassten Personen für das Verschwinden des damals 27jährigen Studenten und Gewerkschaftlers Édgar Fernando García am 18. Februar 1984 verantwortlich gemacht werden. Das Verbrechen an García, der mit der heutigen Abgeordneten der Partei *Encuentro por Guatemala* (EG) Ninth Montenegro verheiratet war, gehörte zu den paradigmatischen und international bekannten Fällen des staatlich angeordneten Verschwindenlassens in Guatemala. Für Montenegro war es der Anlass, mit anderen Familienangehörigen von Verschwundenen im Juni 1984 die Menschenrechtsorganisation *Gruppe gegenseitige Hilfe* (GAM) zu gründen.

Die nun verhafteten ehemaligen Angehörigen der *Nationalpolizei*, Héctor Roderico Ramírez Ríos (52) und, einen Tag darauf, der heute 48jährige Abraham Lancerio Gómez Cáliz warten nun auf ihren Prozess; angeklagt sind sie beide der Geiselnahme und Entführung, der illegalen Festnahme und des

Autoritätsmissbrauchs. Bislang werden sie nicht des Verbrechens des erzwungenen Verschwindens und des Verbrechens gegen die Menschlichkeit belangt. Widersprüchlich sind diesbezüglich die Aussagen des zuständigen Richters hinsichtlich der Tatsache, dass diese Verbrechen erst 1996 in den Strafkatalog gesetzlich aufgenommen, dieser aber nicht rückwirkend anwendbar sei. Gleichzeitig spricht laut seiner eigenen Darstellung für die Gültigkeit des Gesetzes in diesem Fall, dass die Familienangehörigen seit dem Verschwinden die Gerichtsinstanzen ersucht haben, in dem Fall zu ermitteln und die PDH im Fall García 1996 die Untersuchungen aufgenommen habe.

Der Angeklagte Ramírez Ríos ist seit 28 Jahren im Polizeidienst und in den letzten Jahren bis zu seiner Verhaftung tätig gewesen als Kommissariatschef in Quetzaltenango. Über Gómez ist bislang nur bekannt, dass er nicht mehr bei der Polizei gewesen ist.

Der Staatsanwaltschaft war auf eigenen Antrag hin bereits Anfang März vom Menschenrechtsprokurat die im Archiv der *Nationalpolizei* lokalisierte Dokumentation über das Verschwinden von StudierendenführerInnen in den Jahren 1978 bis 1980 unter der Regierung von Ex-Präsident Romeo Lucas García überreicht worden.

Die Öffnung des Archivs für Opfer, Familienangehörige, ForscherInnen und JournalistInnen am 24. März begann mit einer Ehrung von 746 verschwundenen Frauen während des Konflikts durch das Setzen einer Pflanze im städtischen Rosengarten in der Nähe des Archivs von Präsidentengattin Sandra Torres. Am späteren Nachmittag übergab Menschenrechtsprokurator Sergio Morales Exemplare des Berichts an diverse hohe Funktionsträger, an erster Stelle Vizepräsident Rafael Espada. Anwesend bei der Präsentation von Auszügen aus dem Bericht waren rund 800 Personen, darunter VertreterInnen von Menschenrechtsorganisationen und Angehörige von Opfern, die vor den Anwesenden Zeugnis ablegten über den von ihnen erlebten Horror.

Bereits im Vorfeld der Veranstaltung sprach sich Ombudsmann Morales dafür aus, ein Büro der Staatsanwaltschaft in der Nähe des Archivs der *Nationalpolizei* zu eröffnen, damit diejenigen Personen, die in den historischen Dokumenten Hinweise auf Menschenrechtsverletzungen finden, diese gleich zur Anzeige bringen können.

Auch berichtete er von Morddrohungen gegen sich und gegen den Anwalt der PDH, der sich mit dem Fall García beschäftigt und wenige Tage nach

den Festnahmen vor seinem Haus von Unbekannten zusammengeschlagen worden war. Zudem seien, so Morales, im Umkreis des Archivs verdächtige Fahrzeuge beobachtet worden, die die im Archiv Arbeitenden fotografierten.

Nur 11 Stunden nach der Präsentation des Berichts wird die Anwältin Gladys Monterroso Velásquez (53), Ehefrau von Sergio Morales und aktives Mitglied der Partei *Encuentro por Guatemala* (EG) entführt und gefoltert. Sie wurde am Mittwoch morgen von drei maskierten Unbekannten beim Verlassen eines Restaurants in ein Auto gezerzt und 13 Stunden in einem Haus in der randstädtischen Zone 18 festgehalten; ihr wurden Drogen verabreicht, sie wurde geschlagen, mit einer Pistole bedroht und auf ihrem Körper wurden brennende Zigaretten ausgedrückt. Schliesslich wurde sie drogenbetäubt am Rande eines Strassengrabens in einem Wohnviertel der Zone 18 freigelassen. Nach eigenen Berichten hielt ein Passant sie für eine Betrunkene und steckte ihr ein Geldstück zu, das sie dazu nutzte, von einem öffentlichen Telefon aus Hilfe zu rufen.

Zahlreiche Solidaritätsbekundungen erreichten Monterroso in der Privatklinik, in der sie sich erholt, derweil Helen Mack von der *Myrna-Mack-Stiftung* ebenfalls die Tat verurteilt, jedoch davor warnt, Schlüsse hinsichtlich der Hintergründe der Entführung zu schliessen, bevor die Staatsanwaltschaft das Verbrechen nicht gründlich untersucht habe. Auch international wird die guatemalteckische Regierung dazu aufgefordert, die Ermittlung sorgfältig zu führen.

Morales bat derweil die US-amerikanische Regierung, ein Team zusammenzustellen, um den Fall der Entführung seiner Frau und der MitarbeiterInnen der PDH aufzuklären, da er nicht ausschliesse, dass "einige Mächte von Seiten der Regierung" hinter den Taten stecken.

Im Internet unter <http://entremosleaguate.net> ist eine Sendung, die "Episode 39 - Memoria Histórica", der Sendereihe "Entremosle a Guate" vom guatemalteckischen Journalisten Harris Whitbeck zu sehen, in dem der erste Teil einen Einblick in das PN-Archiv gewährt.

Auch der deutsche Filmemacher Uli Stelzner (u.a. "Die Zivilisationsbringer", "Testamento", "Angriff auf den Traum") beschäftigt sich mit dem Archiv der *Nationalpolizei* und hat kürzlich die Dreharbeiten zu seinem in diesem spielenden Dokumentarfilm "Die Insel" beendet.

Der Bericht des Menschenrechtsprokurats "Das Recht zu wissen" ist auf Spanisch im PDF-Format bei der ¡Fijáte!-Redaktion erhältlich.